

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pobn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12



Inhalt

Fritz Rudolf Körper MdB skizziert Eckwerte zur Reform des öffentlichen Dienstes: Vor einer Privatisierungseuphorie kann nur gewarnt werden.

Seite 1

Ulla Burchardt MdB setzt sich mit der Forschungspolitik der Bundesregierung auseinander: Die soziale und ökologische Zukunft liegt im Dunkeln.

Seite 2

Dokumentation

Die SPD-Abgeordneten Ulla Schmidt und Ulrike Mascher haben einen Offenen Brief an die Bundesfamilienministerin gerichtet: Für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Wortlaut

Seite 4

Neue Adresse seit

1.1.1994

Schumannstr. 2b

53113 Bonn

Postfach 190167

53037 Bonn

49. Jahrgang / 11

17. Januar 1994

Wie die Reform des öffentlichen Dienstes aussehen sollte

Vor einer Privatisierungseuphorie kann nur gewarnt werden

Von Fritz Rudolf Körper MdB

Es wäre fatal, wenn zukünftig ein Reformvorhaben öffentlicher Dienst ausschließlich aus finanzpolitischen Gesichtspunkten angegangen würde. Es ist vielmehr notwendig, den öffentlichen Dienst anhand neuer Aufgabenstellungen zu reformieren. Auch darf die Frage nach einem einheitlichen Dienstrecht aufgrund des explosionsartigen Anstiegs der Versorgungsleistungen in den öffentlichen Haushalten kein Tabu mehr sein.

Eine zukünftige Reform muß sich an folgenden Eckwerten orientieren. Als Stichworte seien genannt:

- Abbau von Hierarchien,
- Dezentralisierung der Aufgaben- und Ressourcenverantwortung,
- Überprüfung der bisherigen Aufgaben unter dem Gesichtspunkt, welche Leistungen selbst erbracht werden müssen und welche am Markt besser gekauft werden sollten,
- Modernisierung des Führungsinstrumentariums, wobei wohl in Deutschland das größte Defizit im Personalmanagement liegt,
- Übertragung von Führungsfunktionen auf Zeit,
- die Ablösung der derzeitigen Personalverwaltung durch eine Personalentwicklung, die im wesentlichen auf folgenden Elementen aufbaut: Ergebnis, Verantwortung in dezentralisierten Arbeitszusammenhängen, transparentere Personalführung und Personalbewertung sowie anforderungs- beziehungsweise leistungsge- rechtete Komponenten in der Bezahlung.

Vor einer Privatisierungseuphorie kann nur gewarnt werden.

Solche Privatisierungen im herkömmlichen Sinne gehen meistens zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und sind im Ergebnis dem Thema "Abbau des Sozialstaates" zuzuordnen.

(-/17. Januar 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presshaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



**Die soziale und ökologische Zukunft liegt im Dunkeln
Die Bundesregierung verspielt die Chancen zur Zukunftsgestaltung**

Von Ulla Burchardt MdB

Wissenschaft, Forschung und technologische Entwicklung sind entscheidende Bausteine für die Gestaltung unserer Zukunft. Forschungs- und Technologiepolitik ist das Instrument zur Umsetzung des politischen Gestaltungswillens. Auch das Forschungsministerium feiert sich gern als Zukunftsministerium. Doch folgt man dem vorliegenden Forschungsbericht der Bundesregierung, dann liegt die Zukunft im Dunkeln.

Ein Forschungsbericht muß mehr sein als ein buchhalterischer Rückblick auf die Forschungsförderung vergangener Jahre. Zu erwarten sind:

- o eine Einordnung der Forschungsleistungen des Wissenschaftsstandortes Deutschland,
- o eine Bewertung der Erfolge und Mißerfolge staatlicher Forschungsförderung,
- o die Darstellung neuer Ziele der Forschungspolitik und
- o die Vorstellung des Konzeptes, wie diese Ziele verwirklicht werden sollen.

Der 'Bundesbericht Forschung 1993' wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Die Bundesregierung verspielt die Chancen zur Zukunftsgestaltung. Sie hat kein Konzept für eine soziale und ökologische Erneuerung. Sie verirrt sich vielmehr in den Sackgassen der alten Industriegesellschaft.

Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung in großen Teilen der Welt, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Raubbau an den Ressourcen, Kriege und Mißachtung der Menschenrechte und Migration - dies sind die großen Herausforderungen, an denen sich eine Politik der Zukunftsgestaltung messen muß. Doch in den forschungspolitischen Leitvorstellungen der Bundesregierung werden gesellschaftliche Bezüge völlig ausgeblendet. Die Verantwortung eines der reichsten Industriestaaten für eine globale dauerhafte und zukunftsfähige Entwicklung, auch aus eigenem Interesse, wird weder als Leitziel noch als konkretisierte Aufgabenstellung erwähnt. Es wird nicht einmal auf den tatsächlich vorhandenen Forschungsbedarf eingegangen, wie er noch vom Global-Change Beirat, einem Beratergremium der Bundesregierung, formuliert wurde.

Die Bundesregierung entwickelt ihre Leitgedanken für Forschung und Entwicklung aus einer beschränkten ökonomischen Perspektive: Die Forschungs- und Technologiepolitik wird einer herkömmlichen, am gescheiterten Wachstumsmuster orientierten Wirtschaftspolitik untergeordnet. Sie steht in Gefahr, ausschließlich auf Wirtschaftsförderung und Subventionspolitik reduziert zu werden.

Etikettenschwindel bei der Vorsorgeforschung

Zur Ablenkung verweist die Bundesregierung auf den Ausbau der Vorsorgeforschung. Danach hat der Bund 1993 von seinem knapp 18 Milliarden DM umfassenden Gesamtbudget für Forschung und Entwicklung rund 1/5 für die Vorsorge ausgegeben. Das BMFT verweist auf einen steigenden Anteil der Vorsorgeforschung in seinem Etat von gut neun Prozent im Jahr 1992 auf rund 18 Prozent in 1993. Dies entspricht rund 1,7 Milliarden DM.

Doch dieses Bild muß deutlich relativiert werden:

1. Durch statistische Taschenspielertricks fehlt den Angaben zur wachsenden Förderung die Seriosität. Zur Vorsorgeforschung zählt das BMFT nicht nur die Ausgaben für Umwelt- und Gesundheitsforschung oder Technikfolgenabschätzung, sondern auch die Aufwendungen für die

Bauforschung und Agrarwirtschaft und die gesamten Ausgaben für die Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Letztere waren noch bis 1990 der Grundlagenforschung zugeordnet worden. So wird die Vergleichbarkeit mit früheren Angaben verzerrt.

2. Andere Berechnungen, zum Beispiel des BfWI, kommen zu einem anderen Ergebnis: Danach liegen die realen Forschungsausgaben des Bundes, die dieser für die Lösung sozialer und ökologischer Probleme, abzüglich der privatwirtschaftlich verwertbaren Umwelttechnik ausgegeben hat, weit niedriger. Die entsprechenden Gesamtausgaben des Bundes für 1993 sinken von 21 Prozent auf 13 Prozent, die Ausgaben des BMFT von 18,2 auf 13,6 Prozent.

3. Verglichen mit der Förderung anderer Forschungsschwerpunkte sind die Ausgaben für die Gestaltung der sozialen und ökologischen Zukunft verschwindend gering: Zwischen 1979 und 1993 hatte das BMFT 107 Milliarden DM zur Verfügung. Hiervon flossen 77 Milliarden DM in wirtschaftlich orientierte Forschungen und gerade einmal zehn Milliarden DM in sozial-ökologisch orientierte Forschung. Im gleichen Zeitraum gingen aus dem Gesamtbudget des Bundes (BMFT und weitere Ministerien) von jeweils zehn DM vier in die Militär-, Atom-, Luft- und Raumfahrtforschung.

4. Das Flaggschiff der Vorsorgeforschung, die Umweltforschung, hat Schlagseite:

- Im Forschungsetat 1994 sind von 100 DM nicht einmal acht DM für die Umweltforschung eingeplant.
- Noch immer hat Umweltforschung gegenüber den fortschreitenden Umweltzerstörungen nachlaufenden Charakter. Der Zuwachs der Mittel ist den "Altiasten" der Industriegesellschaft geschuldet. Sie werden überwiegend eingesetzt, um nachträglich Waldschäden oder zunehmende Allergierkrankungen zu erklären, Umweltgifte zu entschärfen oder zerstörte Landschaften sanieren zu können.
- Die Prognosefähigkeit beziehungsweise Frühwarnfunktion der Umweltforschung ist kaum entwickelt.
- In der Forschungsförderung überwiegen Projekte mit naturwissenschaftlich oder ingenieurwissenschaftlichen Fragestellungen. Zur Lösung der gesellschaftlich verursachten Umweltkrisen sind sie allein völlig unzureichend, erforderlich ist umfassende Interdisziplinarität.
- In der Umwelttechnik werden noch immer überwiegend nachgeschaltete oder nachsorgende Techniken (end-of-the-pipe oder Recyclingverfahren) gefördert, obwohl die Zukunft in der Entwicklung integrierter, neue Umweltschäden vermeidender Technologien, Produkte und Produktionsverfahren, liegt.
- Der Umweltforschung fehlt es an der notwendigen Problem- und Handlungsorientierung. Ihre Forschungsergebnisse liegen vielfach auf Halde. Sie werden nicht abgerufen und in entsprechendes Handeln der politischen oder wirtschaftlichen Akteure umgesetzt. Es mangelt an wissenschaftlich untermauerten Konzepten für eine ökologische Neuausrichtung von Technologie, Wirtschaftsweise und Lebensstil.

Die SPD stellt dieser Politik der der Zukunftsgefährdung ihr Konzept der ökologischen und sozialen Erneuerung gegenüber. Es orientiert sich an dem Leitbild des "sustainable development". Dies macht eine sozial-ökologische Umorientierung der gesamten Forschungs- und Technologiepolitik notwendig. Forschung und Entwicklung müssen Abschied nehmen vom Paradigma der Naturbeherrschung und dem Erarbeiten rein technik-orientierter Lösungen. Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie Fehlerfreundlichkeit der Technik müssen zu entscheidenden Kriterien der Forschungs- und Technologiepolitik werden. Eine sozialökologische Zukunftsforschung kann Wege aus den alten Sackgassen der Industriegesellschaft aufzeigen und davor bewahren, sich in neuen zu verrennen.

(-/17. Januar 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Ulla Schmidt, Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-Fraktion, und Ulrike Mascher, Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission, haben einen Offenen Brief an die Bundesfamilienministerin gerichtet. Der Wortlaut:

"Sehr geehrte Frau Bundesministerin Rönsch,

das von den Vereinten Nationen ausgerufenen "Internationalen Jahr der Familie", von der Bundesfamilienministerin in einem Festakt für die Bundesrepublik gestartet, gibt uns Anlaß zu diesem Offenen Brief. Mit Ihnen sind wir der Auffassung, daß dieses öffentliche Signal einen Anstoß geben kann, unsere Gesellschaft kinder- und familienfreundlicher zu machen, ein familienfreundlicheres Klima zu schaffen.

Die Versäumnisse der Bundesregierung auf diesem Politikfeld sind groß und unübersehbar. Wenn die "Neuorientierung in der Familienpolitik" wesentlicher Bestandteil des im kommenden Monat von Ihrer Partei zu beschließenden Grundsatzprogramms sein soll, dann werten wir dies als konstruktive Selbstkritik. So ist beispielsweise die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs eine alte Forderung der SPD. Erst jetzt verlautet aus der Grundsatzkommission, auch die CDU strebe eine grundlegende Umgestaltung des bisherigen Familienlastenausgleichs an. Es bleibt zu wünschen, daß es sich nicht nur um eine verbale, sondern auch inhaltliche Annäherung der SPD-Positionen handelt.

Wir stimmen mit Ihnen auch darin überein, daß die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit für Familien eine "Aufgabe von Verfassungsrang" ist, wie Sie anläßlich der nationalen Eröffnungsfestfeier zum "Internationalen Jahr der Familie" betont haben. Wie wahr - können wir Ihre Feststellung dahingehend verstehen, daß Sie als ressortzuständige Bundesfamilienministerin jetzt bereit sind, die Forderung des breiten partei- und verbandsübergreifenden Frauenbündnisses nach einer Ergänzung von Artikel 6 Grundgesetz zu unterstützen?

Mehr als 13 Millionen organisierte deutsche Frauen wollen in der künftigen Verfassung verankert sehen:

"Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder Pflege leistet, ist durch die staatliche Ordnung zu schützen und zu fördern. Der Staat schafft die Möglichkeit für Frauen und Männer, Familienaufgaben mit Erwerbstätigkeit und Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren."

Bietet nicht gerade eine solcherart erweiterte Verfassung die Rahmenvorschrift für zahlreiche Einzelgesetze, die die Lage von Familien, Eltern und Kindern zu erleichtern vermögen? Fügt sich ein in der Verfassung verankertes Gebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nahtlos an Ihre eigenen politischen Bemühungen an? Wir denken daran, daß Sie Betriebe mit namhaften Preisen ausgezeichneten, die sich durch Eigeninitiativen vorbildlich auf Familien mit Kindern eingestellt haben.

Bleiben Sie politisch glaubwürdig, unterstützen Sie die Forderung von Millionen von Frauen nach einer Erweiterung von Artikel 6 Grundgesetz."

(/17. Januar 1994/rs/ks)
